

Dienstag, 3. April 1973

Staatssekretär Teufel: Ortenberg ein Grenzfall

Noch nicht das letzte Wort gesprochen — Gründe für und gegen Eingemeindung

Offenburg (fra). Als „Grenzfall, über den sicher noch einmal gesprochen werden muß“, bezeichnete gestern während einer Pressekonferenz in Offenburg der parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, MdL Erwin Teufel, Spaichingen, den Teilverwaltungsraum Ortenberg. Gefragt, weshalb der Zielplanungsentwurf der Landesregierung von dem der II. Zielplanungsrunde abweiche, erklärte Erwin Teufel, daß jener Entwurf auf dem Denken einer anderen Regierung und eines anderen Innenministers basiert habe.

Die jetzige Regierung habe Richtlinien erlassen, an denen sich die Gemeinden orientieren können. Im speziellen Fall Ortenberg gebe es Gründe, die sowohl für einen eigenen Teilverwaltungsraum als auch für eine Eingemeindung nach Offenburg sprechen. Gegen eine Eingemeindung spreche die Einwohnerzahl der Gemeinde, die über 2000 liegt, sowie die starke Struktur für eine Eingemeindung die räumliche Nähe und die Verflechtung mit Offen-

burg. Andererseits sei mit den bereits erfolgten Eingemeindungen im Raum Offenburg die Basis für eine starke Entwicklungsmöglichkeit der Stadt Offenburg gelegt.

Landtagspräsident Camill Wurz, der als gebürtiger Offenburger mit der Situation durchaus vertraut ist, erklärte, daß sich manche Gemeinde angesichts des Ortenberger Beispiels zurecht „verunsichert“ fühle. Es stelle sich im Raum Offenburg jetzt zwangsläufig die Frage: „Weshalb gerade Ortenberg...?“

Über die Pressekonferenz, an der neben Staatssekretär Teufel und Landtagspräsident Wurz die CDU-Bundestagsabgeordneten Burger und Schäuble, sowie die Landtagsabgeordneten Ruder, Uhrig, der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Dr. Fuchs, Bürgermeister Braun, Oberkirch und die langjährige Vorsitzende der CDU-Kreisgruppe Offenburg, Hildegard Jogerst, teilnahmen, werden wir noch berichten.